



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 14. Dezember 2009

Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Daniel Rüeegger begrüsst die Anwesenden herzlich zur letzten Sitzung dieses Jahres und heisst insbesondere alle Gäste willkommen.

Stadtrat Ruedi Lanz habe sich für die heutige Sitzung aus gesundheitlichen Gründen leider entschuldigen müssen. Im Namen des Stadtrates wünsche er Stadtrat Ruedi Lanz, welcher sich zur Zeit in Spitalpflege befinde, baldige und vollständige Genesung. Zum Zeichen der Verbundenheit zirkuliere unter den Mitgliedern des Parlaments eine Genesungskarte zur Unterschrift.

Allen Parlamentsmitgliedern und den Einwohnerinnen und Einwohnern von Untersteckholzes seien am 9. Dezember 2009 die Einladungen für das Willkommensapéro zugestellt worden, welches am Montag, 11. Januar 2010 um 20.00 Uhr im Mehrzweckgebäude Untersteckholz stattfindet.

Stadtrat, Jurastrasse 22, 4901 Langenthal

XX
XX
XX
4900 Langenthal

Sekretariat
Stadtrat
Direkt 062 916 22 24
Telefax 062 923 21 76
praesidialamt@langenthal.ch

9. Dezember 2009

Stadtrat, Jurastrasse 22, 4901 Langenthal

XX
XX
XX
4916 Untersteckholz

Sekretariat
Stadtrat
Direkt 062 916 22 24
Telefax 062 923 21 76
praesidialamt@langenthal.ch

9. Dezember 2009

Einladung zum Willkommensapéro

Sehr geehrte XXX

Am 1. Januar 2010 werden die Gemeinden Untersteckholz und Langenthal zu **einer** Gemeinde.

Um dieses Ereignis zu feiern, lädt der Stadtrat von Langenthal die Einwohnerinnen und Einwohner von Untersteckholz zu einem Willkommensapéro ein. Dieses findet **am Montag, 11. Januar 2010, 20.00 Uhr, im Mehrzweckgebäude Untersteckholz** statt.

Selbstverständlich sind Sie als Mitglied des Stadtrates ganz herzlich zu diesem Anlass eingeladen.

Eine Anmeldung ist nicht nötig. Sollten Sie verhindert sein, danken wir Ihnen für eine Abmeldung bis 31. Dezember 2009 bei Frau Gaby Heiniger (gaby.heiniger@langenthal.ch). Sie erleichtern uns damit die Organisation.

Wir freuen uns auf Sie, und wir wünschen Ihnen bei dieser Gelegenheit eine besinnliche Weihnachtszeit und alles Gute im neuen Jahr.

Freundliche Grüsse

Daniel Rüeegger
Stadtratspräsident

Christoph Kuert
Stadtratsvizepräsident

Stadtrat, Jurastrasse 22, 4901 Langenthal
Telefon 062 916 21 11, Telefax 062 923 21 76, www.langenthal.ch

Einladung zum Willkommensapéro

Sehr geehrte XXX

Herzlich willkommen in der Stadt Langenthal!

Am 1. Januar 2010 werden die Gemeinden Untersteckholz und Langenthal zu einer Gemeinde.

Dieses Ereignis möchten wir gerne mit Ihnen feiern.

Es freut uns, Sie am **Montag, 11. Januar 2010, 20.00 Uhr, im Mehrzweckgebäude Untersteckholz** zu einem herzlichen Willkommensapéro begrüssen zu dürfen.

Wir wünschen Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit, ein gutes neues Jahr und freuen uns bereits jetzt, mit Ihnen auf unsere gemeinsame Zukunft anzustossen.

Freundliche Grüsse

Daniel Rüeegger
Stadtratspräsident

Christoph Kuert
Stadtratsvizepräsident

Stadtrat, Jurastrasse 22, 4901 Langenthal
Telefon 062 916 21 11, Telefax 062 923 21 76, www.langenthal.ch

Das Büro des Stadtrates gehe davon aus, dass sich die Parlamentsmitglieder für den Transport nach Untersteckholz organisieren und Fahrgemeinschaften bilden. Sollte der Transport für das eine oder andere Parlamentsmitglied problematisch sein, könnten sich diese Personen für die Organisation einer Mitfahrgelegenheit bei der Protokollführerin melden.

Er erteilt der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **34** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.
- **7** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 14. Dezember 2009

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



1. Überbauungsordnung Nr. 17 "Oberer Matte"; Änderungen; Genehmigung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Die Oberer Matte, welche sich zwischen dem Rumiweg und der Langenten befinde, sei für Überbauungen prädestiniert. Die vorliegende Überbauungsordnung Nr. 17 sei an der Gemeindeabstimmung vom 26. November 1995 angenommen worden. Inzwischen seien daran drei geringfügige Änderungen in drei geringfügigen Verfahren vorgenommen worden. Es handle sich dabei um den Verlauf von Fusswegen, um den Verlauf des so genannten Ribigrabens und um die Zulässigkeit von Wohnungen im Erdgeschoss des Baufeldes C.

Das heute vorliegende vierte Planänderungsverfahren habe einen etwas anderen Ursprung. Um es vorweg zu nehmen, gehe es einerseits und um vier Begehren, die noch den Überbauungsplan betreffen würden und als geringfügig zu bezeichnen seien. Es gehe aber andererseits, und das sei der wichtige Punkt, um ein Begehren, das die Überbauungsvorschriften betreffe und somit auch massgebend dafür sei, dass dem Stadtrat die Vorlage heute zur Genehmigung vorliege. Es gehe dabei nämlich um Art. 6 Abs. 7 der Überbauungsvorschriften, der in der gültigen Fassung wie folgt laute: *"Das Erdgeschoss der Villa Geiser enthält einen Kindergarten oder ausschliesslich öffentliche Räume (gemäss Art. 93 Bauverordnung). Es dürfen im Erdgeschoss maximal 30m² für private Zwecke, beispielsweise Eingänge genutzt werden."* Damit sei seinerzeit eine Nutzungsbeschränkung vereinbart worden, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen solle. Wichtig dabei sei zu wissen, dass im Infrastrukturvertrag, der zwischen den Grundeigentümern und der Stadt Langenthal abgeschlossen worden sei, noch Folgendes stehe: *"In dem am 2. August 1995 zwischen der Einwohnergemeinde Langenthal und der Grundeigentümerschaft abgeschlossene Infrastrukturvertrag, verpflichtet sich der Grundeigentümer der Einwohnergemeinde die Räumlichkeiten in saniertem Zustand (ohne Ausstattung) zur Verfügung zu stellen."* Alle einschlägigen Berichte bis zu einem gewissen Zeitpunkt, nämlich bis zum Jahr 2006, hätten sich auf die Vorschriften dieser Überbauungsvorschrift gestützt und hätten diese immer im empfehlenden Sinn betont. Am 19. Juli 2006 sei vom projektierenden Büro Ducksch und Anliker zu Händen des Gemeinderats eine Voranfrage mit dem Hinweis eingereicht worden, dass eine Kindergartennutzung in der Villa Geiser aus verschiedenen Gründen fragwürdig sei. Es sei damals auf einen Ersatzstandort im Baufeld A hingewiesen worden. Auch ein entsprechendes Angebot sei gemacht worden. Dieser Vorschlag sei vom Stadtbauamt dem Gemeinderat mit einem Bericht und Antrag aber nicht empfohlen worden.

Ein sehr wichtiger Punkt, der zur Kenntnis genommen werden müsse, sei der Gemeinderatsbeschluss vom 11. Oktober 2006. Der Gemeinderat habe sich damals mit der Situation befasst und habe dabei insbesondere erstmals erkannt, dass in der Angelegenheit der Kindergartenstandorte ein Wandel stattgefunden habe. In diesem Sinne sei der Kindergartenkommission der Auftrag erteilt worden, dem Gemeinderat bis Ende November 2006 eine Grundlage für die künftigen Kindergartenstandorte zu unterbreiten. Die Kindergartenkommission habe diesen Auftrag mit ihrer Stellungnahme und der Formulierung von drei Prioritäten am 5. Dezember 2006 erfüllt.

Priorität 1: Die Nutzungsbeschränkung sei auszukufen, eine Zweckbindung für Kindergartenräume sei festzulegen und bauliche Anpassungen im Winkel (Kindergarten auf dem Markthallenareal) seien vorzunehmen. Konkret sei es darum gegangen die offenen Veranden Logias zu schliessen.

Priorität 2: Die Nutzungsbeschränkung sei auszukufen, eine Zweckbindung für Kindergartenräume sei festzulegen und die Integration der Kindergärten in die Liegenschaft Talstrasse 28 sei vorzunehmen.

Priorität 3: Wenn die Prioritäten 1 und 2 nicht möglich seien, dann sei am Standort Villa Geiser festzuhalten.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 14. Dezember 2009

Gemäss der Stellungnahme der Kindergartenkommission sei das Projekt Winkel näher geprüft worden. Allerdings hätten dort denkmalpflegerische Gründe relativ klar gezeigt, dass das Schliessen dieser Logias nicht möglich sein soll. Dazu habe die Kindergartenkommission am 4. April 2007 wie folgt Stellung bezogen: *"So mit tritt aus unserer Sicht die zweite Priorität an die erste Stelle."* Diese Aussage bilde im Prinzip die Ausgangslage der heutigen Vorlage.

Der Gemeinderat habe darauf die Verhandlungen mit der Grundeigentümerin der Villa Geiser, der Migros-Pensionskasse, aufgenommen. Am 12. Dezember 2007 habe der Gemeinderat beschlossen auf die öffentliche Nutzung in der Villa Geiser zu verzichten und als Gegenwert eine Entschädigung von Fr. 500'000.00 zu akzeptieren. Dies jedoch unter Vorbehalt von Änderungen an der Überbauungsordnung durch den Stadtrat, inklusive den Änderungen, die Gegenstand des heute zu beratenden Verfahrens seien. Dabei sei berücksichtigt worden, dass die Räumlichkeiten gemäss dem Infrastrukturvertrag in einem sanierten Zustand zur Verfügung gestellt werden müssten, ansonsten die Summe von Fr. 500'000.00 wahrscheinlich nicht zu Stande gekommen wäre.

Der Gemeinderat habe sich nicht leichtfertig von der ursprünglichen Absicht abgewendet, in der oberen Matte eine Zone für öffentlich Nutzung zu sichern. Immer sei aber von der Kindergartennutzung die Rede gewesen. Auch in der Botschaft der Volksabstimmung vom 26. November 1995 habe der Kindergarten im Fokus gestanden. Der Meinungsumschwung der Fachstellen und der Kindergartenleitung sei im Jahre 2006 entstanden und auch entsprechend dokumentiert.

Der Gemeinderat habe auch nie eine andere Art einer öffentlichen Nutzung an diesem Standort in Erwägung gezogen. Der Gemeinderat stelle aber fest, dass durch die finanzielle Abgeltung von Fr. 500'000.00 sich Alternativen und zentraler gelegene Standorte auch besser finanzieren lassen. Eine in der Stellungnahme der Kindergartenkommission monierte Zweckbindung sei aus finanztechnischen Gründen und aus Sicht des Gemeinderates nicht anzustreben, weil aus systematischen Überlegungen eine Spezialfinanzierung gebildet werden müsste, welche auch entsprechende Konsequenzen beinhalten würde. Im Übrigen dürfe erwähnt werden, dass die Summe von Fr. 500'000.00 für die Erstellung von Kindergartenräumen an der Talstrasse 28 bereits sinngemäss eingesetzt worden sei.

Das vorliegende Änderungsbegehren betreffe ein öffentliches Interesse und es gehe um eine Zonenplanänderung. Aus diesem Grund habe der Gemeinderat beschlossen, dafür nicht nur ein geringfügiges Änderungsverfahren durchzuführen, sondern das ganze Prozedere im so genannten koordinierten Verfahren durchzuführen womit auch die anderen erwähnten Änderungspunkte in diesem Verfahren gleich mitgezogen werden. Konkreterweise gehe es um Änderungen am Überbauungsplan:

Baufeld B sehe neu nur noch zwei anstatt drei Baufelder vor. Dies sei mit dem Verfasser der Überbauungsordnung, Herrn Rudolf Rast, bereinigt worden. Auch gehe es um eine Verschiebung und um die Umplatzierung von Nebenbauten und gleichzeitig, damit die Ausrichtung auch wieder stimme, um die Anpassung des Baufeldes C sowie des Fusswegnetzes. Auch dies sei mit dem Verfasser der Überbauungsordnung, Herrn Rudolf Rast, bereinigt worden. Im Baufeld A und im Baufeld D sei eine Nutzungsübertragung vorgenommen worden. Dies sei aus einer konkreten Projektierung entstanden, weil die zulässige Bruttogeschossfläche des Baufeldes D überschritten worden sei. Mit diesem Transfer gebe es dafür sinngemäss einen gleich grossen Abzug, wie im Baufeld A. Die Zufahrt zum Baufeld H habe aus Gründen der Grundeigentümerschaftsverhältnisse umgelegt werden müssen, weil sonst eine Zufahrt mitten durch das Areal des heutigen Grundeigentümers führen würde. Diese Änderungen seien im beigelegten Plan (Beilage 2 zum Bericht und Antrag des Gemeinderates an den Stadtrat vom 25. November 2009) mit roter Farbe speziell markiert.

Das Änderungsbegehren an den Überbauungsvorschriften betreffe Abs. 7 von Art. 6, welcher gestrichen würde, so dass Abs. 8 der heutigen Fassung in der neuen Fassung zu Abs. 7 würde.

Was ist in der Zwischenzeit passiert? Am 20. Mai 2009 habe der Gemeinderat dem Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 1. Mai 2009 zugestimmt und die Änderungen zu Händen des Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR) zur Vornahme einer Vorprüfung verabschiedet.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 14. Dezember 2009

Mit dem Vorprüfungsbericht vom 17. Juli 2009 werde Zustimmung signalisiert und die Genehmigung in Aussicht gestellt. Im Anschluss daran habe eine öffentliche Planaufgabe und ein Mitwirkungsverfahren in der Zeit vom 30. Juli bis 31. August 2009 stattgefunden. Dazu seien weder Einsprachen noch Mitwirkungseingaben beim Stadtbauamt eingegangen.

Gestützt auf den vorliegenden Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 31. Oktober 2009 beantrage die Bau- und Planungskommission als auch der Gemeinderat Zustimmung zur Vorlage. Am heutigen Abend gehe es nun darum, dass der Stadtrat dazu Stellung beziehe.

Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin: Aus den Akten könne entnommen werden, dass die Überbauung obere Matte eine lange Geschichte hinter sich habe. Im Lauf von fast 14 Jahren und zu einer Zeit als es noch eine Gemeindeabstimmung für die Genehmigung von Überbauungsordnungen gebraucht habe, seien immer und immer wieder geringfügige Änderungen vorgenommen worden. Alle hätten vom Gemeinderat abgesegnet werden können, weil diese in seinem Kompetenzbereich gelegen hätten.

Im Hinblick auf die zweite Realisierungsetappe sei die Bauherrschaft wieder mit Begehren gekommen. Wie der Stadtpräsident gesagt habe, seien diese Begehren - ausgenommen die Umzonung der Villa Geiser, für die es die Zustimmung des Stadtrates brauche - nicht so gravierend.

Der Verzicht auf den Kindergarten sei offenbar die Krux in der ganzen Überbauungsordnung, weil die Villa Geiser nachher nicht mehr in der Zone für öffentliche Nutzung wäre. In diesem Zusammenhang habe die Geschäftsprüfungskommission die Mitberichte der verschiedenen Stellen in den Akten vermisst. Im Laufe der letzten Woche seien die fehlenden Informationen - mittels dem am 11. Dezember 2009 per E-Mail verschickten Ergänzungsbericht des Stadtbauamtes vom 10. Dezember 2009 - deshalb nachgeliefert worden, womit der Sinneswandel, der zur heutigen Vorlage geführt habe, dokumentiert sei.

Es sei bekannt, dass vom ehemaligen Bedarf bis zum heutigen Verzicht viel passiert sei. Sei dies wegen Entschieden von höherer Ebene (Stichwort: Basistufe) oder sei dies wegen tragischen Gründen, wie der Brand des Kreuzfeldpavillons oder der Erstellung des Kindergartens an der Talstrasse.

Das Herausnehmen des Kindergartens aus der Villa Geiser und die Zonennutzungsänderung seien die hauptsächlichsten Punkte in der zu ändernden Überbauungsordnung Nr. 17. Nach Meinung der Geschäftsprüfungskommission sei das Verfahren dazu formell korrekt abgelaufen. Die Geschäftsprüfungskommission danke an dieser Stelle allen zuständigen Stellen für den speditiven Verlauf dieses Geschäftes.

Michèle Rentsch-Ryf, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion erachte die Änderungen an der Überbauungsordnung Nr. 17 als nachvollziehbar und stimme dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu. Ein weinendes Auge habe die EVP/glp-Fraktion in Bezug auf den ursprünglich geplanten Kindergarten in der Villa Geiser. Dieser wäre an einen wunderschönen, ruhig gelegenen Ort mit tollem Umschwung und mit vielseitigen Möglichkeiten zu liegen gekommen. Ein wirklich perfekter Standort für einen Kindergarten. Der EVP/glp-Fraktion sei aber klar, dass dieser Standort aufgrund der Entwicklung und der Reformen im Schul- und Kindergartenbereich keinen Sinn mehr mache. Aus diesem Grund stimme die EVP/glp-Fraktion auch der Zonenplanänderung zu. Zu guter Letzt halte die EVP/glp-Fraktion fest, den ausgehandelten Preis von Fr. 500'000.00 als angemessen zu erachten.

Markus Bösiger, FDP/jll-Fraktion: Die Überbauungsordnung Nr. 17 "Oberer Matte" habe seit ihrem Erlass im Jahre 1996 bereits diverse, mehrheitlich geringfügige Änderungen und Anpassungen erfahren. Mit der jetzt vorliegenden vierten Änderung, sei im Stadtrat eigentlich nur die öffentliche Nutzung der Villa Geiser Gegenstand einer Diskussion. Obwohl gemäss der damaligen Botschaft nur ein Teil der Villa, nämlich nur das Erdgeschoss und nicht die ganze Villa öffentlich hätte genutzt werden sollen, scheine der FDP/jll-Fraktion der Verzicht aus heutiger Sicht und mit all den gehörten Vorgeschichten nachvollziehbar. Der Gemeinderat habe ja bekanntlich die Schulraumplanung auch mit der Kindergartenkommission durchgeführt und habe sich dabei auch zur Strategie entschlossen, die Kindergärten eher zentral im innerstädtischen Bereich bei den Schulhäusern zu konzentrieren.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 14. Dezember 2009

Die FDP/jll-Fraktion gehe davon aus, dass der Preis von Fr. 500'000.00 für den Verzicht gut ausgehandelt und marktgerecht sei. Auch der FDP/jll-Fraktion seien die fehlenden Unterlagen in den Auflageakten (Stellungnahmen der Kindergartenkommission) aufgefallen. Trotz dieser fehlenden Akten unterstütze die FDP/jll-Fraktion den vorliegenden Antrag einstimmig, weil der Stimmbürger die Möglichkeit hätte, das fakultative Referendum gegen den Beschluss des Stadtrates zu ergreifen.

Samuel Köhli, SP/GL-Fraktion: Obwohl noch nicht einmal das halbe Areal überbaut sei, werde bereits über die vierte Änderung der Überbauungsordnung befunden. Häppchenweise und systematisch werde die Überbauungsordnung zerpfückt und zu Gunsten von zusätzlichem Wohnraum abgeändert. So werde wohl auch die vorliegende Änderung nicht die letzte bleiben.

Die SP/GL-Fraktion sei nicht grundsätzlich gegen die vorliegende Änderung. Sie wolle jedoch die Taube nicht vorzeitig aus der Hand geben und gegen einen zugegebenermassen bereits ziemlich fetten Spatz tauschen. Die SP/GL-Fraktion stelle deshalb den **Antrag Abs. 7 im Art. 6 (Baupolizeiliche Bestimmungen) der Überbauungsvorschriften unverändert zu belassen und nicht aufzuheben.**

Text gemäss Antrag des Gemeinderates

■ **Antrag der SP/GL-Fraktion:**

Art. 6 (Baupolizeiliche Bestimmungen)

⁷ aufgehoben

Art. 6 (Baupolizeiliche Bestimmungen)

⁷ Das Erdgeschoss der Villa Geiser enthält einen Kindergarten oder ausschliesslich Räume (gemäss Art. 93 BauV). Es dürfen im Erdgeschoss max. 30m² für private Bereiche (z.B. Eingänge) genutzt werden.

Bei der Überbauung obere Matte handle es sich um eine Wohnsiedlung mit hohem Siedlungswert. Gerade deswegen betrachte die SP/GL-Fraktion die Möglichkeit, in der Villa Geiser eine öffentliche Nutzung anzusiedeln, als einmalige Chance den Siedlungswert noch zu erhöhen. Die momentanen und kurzfristig geplanten Bauprojekte der HPS und der Schulanlagen Kreuzfeld würden noch zusätzlichen Raumbedarf nach sich ziehen, welcher gedeckt werden müsse. Die SP/GL-Fraktion möchte die Art der Nutzung bewusst offen lassen (zum Beispiel: Einrichtung einer Kinderkrippe; Aufstockung der Spielgruppen; Wohngruppe; Kinderbetreuungsplätze; Ludothek etc.). Die SP/GL-Fraktion erachte es als wahrlich wertvollen Zug der Stadtplanung, sich damals das Recht auf eine öffentliche Nutzung ausbedungen zu haben. Von dieser Möglichkeit jetzt keinen Gebrauch mehr zu machen, wäre sehr kurzfristig und wenig verantwortungsvoll. Die SP/GL-Fraktion bitte den Stadtrat deshalb, dem Antrag zuzustimmen.

Stefan Grossenbacher, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion sei der Auffassung, dass die Möglichkeit eines Kindergartens in der Villa Geiser nicht freigehalten werden soll. Die Meinungen hin zu zentralen Kindergartenstandorten mit Angliederung an die Schulzentren seien bereits gemacht. Die SVP-Fraktion erachte die Freihaltung des Raumes in der Villa Geiser für eine öffentliche Nutzung ohne zu wissen wozu, als keine gute Ausgangslage und werde dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Bei politischen Geschäften, die doch einen gewissen Vorlauf haben, sei es häufig der Fall, dass im letzten Augenblick noch ein fundamentaler Punkte zur Debatte gebracht werde. Einerseits sei dieses Vorgehen politisch möglich und denkbar, auf der anderen Seite erstaune es jedoch schon, dass sich dazu im Zuge des Mitwirkungsverfahrens und der öffentlichen Planaufgabe niemand gemeldet habe und man nun heute darauf zu Reden komme.

An dieser Stelle entschuldige er sich dafür, dass gewisse Protokolle in der Aktenaufgabe nicht enthalten gewesen seien. Diese Unterlagen würden nicht etwa fehlen, sondern sie seien in der in der Stadtkanzlei vorhandenen Gesamtdokumentation enthalten. Irrtümlicherweise seien diese Unterlagen aber nicht in die Aktenaufgabe des Stadtrates integriert worden.

Der Gemeinderat habe sich konsequent entsprechend den Empfehlungen seiner fachlichen Kreise verhalten. Er habe die Kindergartenkommission sowie die Kindergartenleitung angefragt, wie sie sich zur Thematik stellen und eine klare Antwort mit Prioritäten erhalten.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 14. Dezember 2009

Was das Verfahren betreffe, so halte er fest, dass die heute zu genehmigenden Änderungen zwar auch geringfügige Bereiche enthalte, dass damit das Verfahren aber eben speziell und betreffend Abs. 7 des Art. 6 Überbauungsvorschriften ganz und gar nicht geringfügig sei. Für den Gemeinderat sei genau dieser Punkt massgebend gewesen, das ganze Überbauungsordnungs-Verfahren nochmals durchzuziehen (mit der Voranfrage beim AGR, mit öffentlicher Planaufgabe etc., etc.) Wenn es sich dabei um eine geringfügige Änderung handeln würde, hätte der Gemeinderat selber entscheiden können. Und aus diesem Grund sei es schon etwas heikel, im letzten Augenblick einen Antrag einzureichen, um auf das ganze System zurück zukommen.

Im Übrigen sei auch abzuwägen, und dabei stütze er sich auf die Aussagen der Fachkreise, dass Kindertagesbetreuungsmöglichkeiten nicht einfach à discretion und irgendwo hingestellt werden können. Dafür bestehe ein Kontingent, welches vom Kanton mitfinanziert werde. Wenn an diesem Standort etwas in dieser Art gemacht würde, dann wäre es dann dort und dafür nicht mehr an einem anderen Ort. Der Gemeinderat gehe davon aus, dass der Standort Villa Geiser nicht im Vordergrund stehe, ansonsten man sich dazu schon lange und im Verfahren entsprechend hätte äussern müssen. Der Gemeinderat habe gestützt darauf entschieden und entsprechende Verhandlungen mit der Grundeigentümerschaft aufgenommen. Ausserdem lasse sich damit als weiteren Aspekt auch ins Feld führen, dass dadurch eine weitere Investitionschance für Langenthal eröffnet werde.

Stadtratspräsident Daniel Rüeegger legt fest, den Abänderungsantrag der SP/GL-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates gegenüberzustellen und bittet um Abgabe der Stimme:

■ **Beschluss** (bei 2 Enthaltungen):

- | | | |
|--|---------------------|-------------------|
| <input type="checkbox"/> Antrag der SP/GL-Fraktion (Abs. 7 in Art. 6 der Überbauungsvorschriften belassen) | (10 Stimmen) | abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> Antrag Gemeinderat (Abs. 7 in Art. 6 der Überbauungsvorschriften aufheben) | (22 Stimmen) | angenommen |

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 28 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein (bei 4 Enthaltungen) unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

- 1. Die Änderungen an der Überbauungsordnung Nr. 17 "Oberer Matte", bestehend aus dem Überbauungsplan und den Überbauungsvorschriften, werden genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



2. Wiederbelebung des Rechts des Stadtrates auf Verwendung eines Ratskredites im Sinne von Art. 61 Abs. 2 Ziff. 12 der Stadtverfassung; Beschlussfassung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Daniel Rügger: Als Berichterstatter zu diesem Traktanden blicke er zurück auf den von Stadtrat Daniel Steiner am 29. Juni 2009 an ihn als Stadtpräsidenten gestellten Antrag, wonach die Vergabe des Ratskredites wieder als Traktandum auf die Traktandenliste des Stadtrates gesetzt werden soll. Diesem Begehren sei an der Stadtratssitzung am 26. Oktober 2009 (mit 26 Stimmen Ja gegen 10 Stimmen Nein) im Grundsatz zugestimmt worden. Mit diesem Grundsatzbeschluss sei das Büro des Stadtrates mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Beschlussesvorlage zu Händen des Stadtrates beauftragt worden.

Das Büro des Stadtrates habe sich am 16. November 2009 eingehend mit dem erteilten Auftrag auseinandergesetzt und habe eine Vorlage entsprechend der Aufgabenstellung formuliert. Unter anderem habe das Büro auch dem Wunsch und der Erwartung Rechnung getragen, bei der Definition der Modalitäten Kreativität an den Tag zu legen.

Der Antrag des Stadtratsbüros beinhalte folgende Punkte:

- Die Höhe des Ratskredites wird neu auf Fr. 2'000.00 festgelegt.
Seit dem Jahr 1985 bis ins Jahr 2003 seien jeweils Fr. 1'000.00 gesprochen worden.
- Die Vergabe des Ratskredites solle erstmals im nächsten Jahr stattfinden.
- Die Vergabe des Ratskredites solle im Jahresrhythmus erfolgen.
- Die Beratung des Ratskredites soll jeweils anlässlich der August-Stadtratssitzungen stattfinden, mit dem Zweck bzw. dem Effekt genügend Zeit zu haben, um den Betrag einer geeigneten, begünstigten Institution zu überweisen.
- Die beantragende Instanz solle neu das Büro des Stadtrates sein.
Bisher seien es die Fraktionen gewesen. Mit dieser Regelung sei jede Fraktion in jedem Jahr bei der Entscheidung vertreten.

Das Büro des Stadtrates habe sich auch mit dem möglichen Kreis der Empfänger auseinandergesetzt. Nach vertiefter Diskussion dieses Aspekts sei man aber zum Schluss gelangt, den Kreis bewusst nicht einzuschränken. Insbesondere eine örtliche Einschränkung wäre mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, weil die anzuwendenden Kriterien dafür nicht ganz einfach zu definieren seien.

Das Büro des Stadtrates mache die Wiedereinführung des Ratskredites im Sinne der Antragstellung vom 16. November 2009 beliebt.

Roland Christen, SVP-Fraktion: Am 26. Oktober 2009 habe sich die SVP-Fraktion geschlossen (10 Stimmen Nein) gegen die Wiedereinführung des Ratskredites ausgesprochen. Die SVP-Fraktion sehe den Sinn der Wiedereinführung nach wie vor nicht und beantrage deshalb den Beschlussesentwurf der heutige Vorlage in folgenden zwei Punkten zu ändern:

Antrag A der SVP-Fraktion:

Text gemäss Antrag des Stadtratsbüros

1. Die Höhe des Ratskredites wird auf Fr. 2'000.00 festgelegt.

■ **Antrag A der SVP-Fraktion:**

1. Die Höhe des Ratskredites wird auf **Fr. 1'000.00** festgelegt.



Antrag B der SVP-Fraktion:

Text gemäss Antrag des Stadtratsbüros

2. Die Vergabe des Ratskredits erfolgt

-
-
-
- auf Antrag des Stadtratsbüros.

■ **Antrag B** der SVP-Fraktion:

2. Die Vergabe des Ratskredits erfolgt

-
-
-
- **auf Antrag einer Stadtratsfraktion.**

Ob über die Vergabe im Sommer oder im Winter beraten werde, spiele der SVP-Fraktion dagegen keine Rolle.

Pierre Masson, SP/GL-Fraktion: Auch die SP/GL-Fraktion habe sich mit diesem schönen Geschäft auseinandergesetzt. Es handle sich dabei um ein lobenswertes Geschäft mit welchem das Wirken und Schaffen in den unterschiedlichste Institutionen in und um Langenthal honoriert werden könne. Die Mehrheit der SP/GL-Fraktion freue sich zwar auch über die Verdoppelung des "Preisgeldes" und trotzdem gebe es zwei Punkte zur Vorlage anzumerken:

- Die SP/GL-Fraktion würde es als schöner erachten, das Geschäft nicht im August, sondern im Sinne eines Weihnachtsgeschenks an der jeweiligen Dezember-Stadtratssitzung zu beraten. Aus diesem Grund beantrage die SP/GL-Fraktion die Änderung des folgenden Punktes:

Text gemäss Antrag des Stadtratsbüros

2. Die Vergabe des Ratskredits erfolgt

-
-
- anlässlich der August-Stadtratssitzung
-

■ **Antrag** der SP/GL-Fraktion:

2. Die Vergabe des Ratskredits erfolgt

-
-
- **anlässlich der Dezember-Stadtratssitzung**
-

- Betreffend das Antragsrecht schliesse sich die SP/GL-Fraktion der Meinung der SVP-Fraktion an und unterstütze deren Antrag, wonach die Ratskreditvergabe auf Antrag der Fraktionen zu erfolgen habe. Die SP/GL-Fraktion sei der Ansicht, dass dieses Vorgehen persönlicher sei, und der Vielfalt der Vergabemöglichkeiten damit besser Rechnung getragen werden könne.

Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion unterstütze die meisten Vorschläge des Stadtratsbüros zur Wiederbelebung des Ratskredits. Das Büro habe probiert - gegenüber den früheren Vergabemodalitäten - verschiedene Änderungen anzubringen. Ob der Vorschlag nun als grosser kreativer Wurf bezeichnet werden kann oder auch nicht - wie dies von der FDP/jll-Fraktion am 26. Oktober 2009 gewünscht worden sei - lasse man am besten offen.

Nach Meinung der EVP/glp-Fraktion sei es richtig, den Ratskredit neu auf Fr. 2'000.00 festzusetzen. Einerseits sei dieser Betrag bereits im Budget 2010 eingestellt und andererseits könne damit ein zeitgemässes und spürbares Zeichen gegenüber unterstützungswürdigen Institutionen oder Personen gesetzt werden.

Dass neu das Büro des Stadtrates den Antrag zur Vergabe stellen könne, sei nach Ansicht der EVP/glp-Fraktion sinnvoll. Trotzdem stelle sich aber die Frage, wie damit sichergestellt werden soll, dass alle Fraktionen ihre Wünsche und Vorschläge regelmässig anbringen können. Die Mitglieder der EVP/glp-Fraktion würden, was den bereits vorliegenden Antrag (Antrag B der SVP-Fraktion) zu diesem Punkt betreffe, frei entscheiden.

Eine Einschränkung auf ortsansässige Institutionen und Personen werde auch von der EVP/glp-Fraktion als zu einengend erachtet. Es gebe etliche nicht ortsansässige oberoargauer Institutionen, die mit Langenthal verbunden seien und darum auch unterstützt werden könnten (beispielsweise das Wohnheim Bleienbach, das auch von langenthaler Behinderten genutzt werde).



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 14. Dezember 2009

Der Vergabezeitpunkt im August, habe in der EVP/glp-Fraktion zu grossen Diskussionen geführt. Die damit verbundenen Vorteile würden zwar gesehen, aber die Vergabe an der Dezember-Sitzung habe nach Meinung der Fraktionsmitglieder eine grössere Symbolkraft. Die EVP/glp-Fraktion werde deshalb den dazu bereits gestellten Antrag der SP/GL-Fraktion, den Ratskredit anlässlich der Dezember-Sitzung zu vergeben, unterstützen.

Alles in Allem könne die EVP/glp-Fraktion mit fast allen Vorschlägen des Stadtrats-Büros leben. Die Fraktion sei sich sicher, dass mit der Wiederbelebung des Ratskredits ein deutliches Zeichen der Anerkennung für die diversen ehrenamtlichen Engagements in unserer Gesellschaft gesetzt werden kann.

Stadtratspräsident Daniel Rüegger legt fest, die gestellten Abänderungsantrag den Antragspunkten des Büros des Stadtrates gegenüberzustellen und bittet um Abgabe der Stimme:

- **Beschluss** (bei 1 Enthaltung):
 - Antrag A der SVP-Fraktion (Ratskredit Fr. 1'000.00) (11 Stimmen) abgelehnt
 - Antrag Büro Stadtrat (**Ratskredit Fr. 2'000.00**) (22 Stimmen) **angenommen**
- **Beschluss** (bei 0 Enthaltungen):
 - Antrag B** der SVP-Fraktion (**Antragsrecht StR-Fraktion**) (23 Stimmen) **angenommen**
 - Antrag Büro Stadtrat (Antragsrecht Büro Stadtrat) (11 Stimmen) abgelehnt
- **Beschluss** (bei 6 Enthaltungen):
 - Antrag** der SP/GL-Fraktion (**Vergabe an Dez.-Sitzungen**) (25 Stimmen) **angenommen**
 - Antrag Büro Stadtrat (Vergabe an August-Sitzungen) (03 Stimmen) abgelehnt

Stadtratspräsident Daniel Rüegger fasst zusammen, dass der Ratskredit künftig Fr. 2'000.00 umfassen und erstmals im Jahr 2010 wiederum ausgerichtet werde. Er werde im jährlichen Rhythmus in der jeweiligen Dezember-Sitzung und auf Antrag einer Stadtratsfraktion vom Rat beschlossen. In diesem Zusammenhang und angesichts des Vergabeunterbruchs im Jahre 2003 werde - was die Ausrichtung des Ratskredits für das Jahr 2010 betreffe - die FDP/jll-Fraktion zum Zuge kommen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 30 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen):

1. Die Höhe des Ratskredits wird auf Fr. 2'000.00 festgelegt.
2. Die Vergabe des Ratskredits erfolgt
 - erstmals im Jahre 2010
 - im jährlichen Rhythmus
 - anlässlich der Dezember-Stadtratssitzung
 - auf Antrag einer Stadtratsfraktion.
3. Das Büro des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



3. Antrag der SVP-Fraktion (Erstunterzeichnende: Morgenthaler Helena) vom 26. Oktober 2009 betreffend die Ergänzung der Geschäftsordnung des Stadtrates zur Schaffung von Kostentransparenz bei Vorstössen; Grundsatzbeschlussfassung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadratspräsident Daniel Rügger: Als Berichterstatter zu diesem Geschäft weise er darauf hin, dass mit dem vorliegenden Antrag das Stadrats-Büro gebeten werde, zu Händen des Stadtrates eine Vorlage auszuarbeiten, die zum Ziel habe, die Geschäftsordnung des Stadtrates in den entsprechenden Artikeln so zu ergänzen, dass der Gemeinderat im Rahmen seiner Berichterstattung verpflichtet wäre, auch Auskunft über die Kosten, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung und der Beantwortung eines Vorstosses entstehen und verursacht werden, zu erteilen. Die Vielzahl der eingereichten Vorstösse in den vergangenen Monaten, bilde den Hintergrund dieses Antrages.

Das Stadrats-Büro habe das vorliegende Begehren anlässlich seiner Sitzung vom 16. November 2009 beraten. Gestützt auf diese Beratung halte er Folgendes fest:

- Alle Mitglieder des Stadtrates seien zur Einreichung parlamentarischer Vorstösse berechtigt. Diese Interventionsinstrumente seien nicht begrenzt bzw. könnten nur dann eingeschränkt werden, wenn dafür klare gesetzliche Grundlagen vorhanden wären.
- Zur Ermittlung der Vollkosten müsste der Zeitaufwand der Sachbearbeitenden in der Stadtverwaltung für deren schriftliche Arbeiten, für deren Teilnahme an den Sitzungen etc. aber auch der Zeitaufwand für die Sekretariatsarbeiten im entsprechend gültigen Stundenansatz berücksichtigt werden. Dementsprechend kämen unterschiedliche Stundenansätze zur Anwendung. Auch die Administrationskosten (Bedarf Blätter, Kopien etc.) müssten hochgerechnet werden. Dazu kämen die Kommunikationskosten (E-Mail, Telefonate etc.). Zu berücksichtigen wären aber auch die Kosten für die externe Informationsbeschaffung. Es gebe immer wieder Vorstösse, die externer Abklärungen bedürfen (beispielsweise beim Amt für Gemeinden und Raumordnung). Zu eruieren wären zudem auch die Kosten für die Beratungen im Gemeinderat.
- Der Aufwand zur Ermittlung der Kosten im Sinne des Antrages sei ganz klar eruierbar, aber entsprechend arbeitsintensiv. Der Punkt, der dabei eine Rolle spiele sei der, dass der Betrag der schlussendlich ausgewiesen würde, zu einer Wertung des Vorstosses führen könnte. Damit stelle sich die Grundsatzfrage, ob man mit einer solchen, ermittelten Summe tatsächlich auch eine Gewichtung erzielen wolle.
- Die Angestellten in der Verwaltung würden auch arbeiten, ohne Vorstösse zu behandeln, das heisse, dass sie nicht wegen der Bearbeitung von Vorstössen angestellt seien.
- Die Demokratie frage nicht grundsätzlich nach den Kosten. Primär relevant seien nicht die Kosten, die im Zusammenhang mit der Beantwortung eines Vorstosses stehen, sondern alle diejenigen Kosten, die bei einer allfälligen Umsetzung entstehen.

Aus diesen Überlegungen heraus habe das Büro des Stadtrates einstimmig beschlossen, dem Stadtrat keine Vorlage zur Ergänzung der Geschäftsordnung des Stadtrates im Sinne des SVP-Antrages zu unterbreiten, sondern den Stadtrat anlässlich der heutigen Sitzung zur Grundsatzbeschlussfassung aufzufordern. Wenn der Stadtrat heute Abend dem Antrag der SVP-Fraktion zustimme, werde das Büro des Stadtrates einen entsprechend ausformulierten Vorschlag zur Ergänzung der Geschäftsordnung des Stadtrates ausarbeiten und diesen dem Stadtrat an einer der nächsten Sitzungen zur Beschlussfassung unterbreiten.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 14. Dezember 2009

Helena Morgenthaler, SVP-Fraktion: Vorweg danke sie den Mitgliedern des Stadtratsbüros für die Beantwortung ihres Antrages. "*Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!*" werde im Volksmund sehr schön gesagt. Dementsprechender Wille sei im Ratsbüro aber offenbar nicht genügend vorhanden gewesen.

Sie habe sie sich im Laufe dieses Sommers über die grosse Anzahl der Vorstösse - die jeweils im Anschluss an zwei oder drei ordentliche Sachgeschäfte traktandiert gewesen seien - Gedanken gemacht und sich gefragt, ob mit der Einreichung von Vorstössen nicht etwas "überboret" werde? Zumal es darunter den einen oder anderen Vorstoss gegeben habe, der sich bereits mit einem Telefonanruf auf die Stadtverwaltung eigentlich hätte erledigen lassen.

Sie habe sich dementsprechend auch Gedanken darüber gemacht, ob es wirklich der richtige Weg sei, wie in Langenthal Vorstösse abgehandelt werden. Es gäbe nämlich noch andere Modelle, wie vorgegangen werden könnte. Es gebe Gemeindeparlamente, denen im Vorfeld von stadträtlichen Entscheiden keine Berichte oder Expertisen vorliegen, und die vom Gemeinderat höchstens einige mündliche Erläuterungen und Empfehlungen erhalten würden. Es gebe auch Parlamente, die noch am Abend der Eingabe über deren Erheblichkeit entscheiden würden.

Sie fordere den Gemeinderat darum auf, sich bei den Vorarbeiten zu Motionen und Postulaten entsprechend zurückhaltend zu verhalten und öfters den Mut zu haben, eine direkte Abschreibung zu empfehlen. Sie fordere aber auch die Stadträtinnen und Stadträte auf, die Notwendigkeit eines Vorstosses künftig im Vorfeld der Einreichung abzuklären, womit allen geholfen wäre, weil damit schlussendlich relevante und pendente Geschäfte speditiv und prioritärer abgehandelt werden könnten.

Was den Antrag betreffe, so habe sie sich vorgestellt, dass man diesen Geschäften einen Laufzettel anheften könnte, worauf jeder, der etwas für dieses Geschäft mache (Berichte, Einholung von Erkundigungen etc.) kurz seinen Stundenaufwand oder seinen Spesenaufwand rapportieren könnte, um Aufschluss über die Grössenordnung der aufgelaufenen Kosten zu erhalten. Dieses Vorgehen werde bestimmt auch zur internen Kostenverrechnung praktiziert.

Was sie aber bestimmt nicht wolle, sei ein aufgeblasenes Berechnungssystem zur Ermittlung der Vollkosten von Vorabklärungen. Wenn nämlich die Erarbeitung dieses Berechnungssystems im Vorfeld schon teurer zu stehen komme, als die gewünschte Einsparung, dann habe der Antrag das Ziel tatsächlich verfehlt. Aus diesem Grund **ziehe sie den Antrag der SVP-Fraktion zurück**, appelliere aber noch einmal an die Vernunft jedes einzelnen Stadratsmitgliedes und behalte sich vor, bei Bedarf und zu gegebener Zeit einen weiteren Antrag einzureichen.

III Abstimmung:

Keine Abstimmung

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



4. Interpellation Steiner Daniel (EVP) vom 26. Oktober 2009 betreffend Vandalismus auf dem Kreuzfeldareal; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Daniel Steiner: Als Vater sei er von Vandalenakten - zum Beispiel vorgenommen am Fahrrad an seiner Tochter - selber betroffen. Er erachte Vandalismus als ein wirkliches Ärgernis weshalb er die vorliegende Interpellation eingereicht und am 23. November 2009 auch noch ein Postulat¹ dazu nachgeschoben habe, was nach Auffassung anderer allenfalls zu viel, in seinen Augen aber notwendig sei.

Die Antwort des Gemeinderates falle - wenn auch nicht in allen Punkten - insgesamt befriedigend aus, weil er sehe, dass der Gemeinderat die Vandalenakte auf dem Kreuzfeldareal Ernst nehme, dementsprechend notwendige Konsequenzen gezogen und bereits weitere Schritte in die Wege geleitet habe (Sicherheitspatrouillen, Massnahmen im zu erwartenden Sicherheitskonzept, eine Benützungsordnung für das Kreuzfeld der Schulleitung etc.).

Man müsse sich bewusst sein, dass man beim Thema Vandalismus nicht über eine Lappalie rede. Es gehe schätzungsweise um Kosten von Fr. 20'000.00 bis Fr. 30'000.00, die der Stadt nur dieses Jahr wegen Schäden und den dadurch entstandenen Arbeitsstunden in der Verwaltung angefallen seien. Das sei auch für eine Stadt, der es finanziell gut gehe, kein Pappenstiel. Für die betroffenen Schulen sowie für die Eltern seien diese Vandalenakte zudem mit grossem Ärger verbunden.

Aus diesem Grund erwarte er für die Zukunft - und er hoffe, dass das Postulat das Nötige dazu tun werde - dass der Gemeinderat bereit sei, konkrete Vorkehrungen gegen Vandalismus zu treffen und die dafür notwendigen Ressourcen zur Umsetzung der Massnahmen zur Verfügung stelle. Die Benützungsordnung für das Kreuzfeld werde schlussendlich nur so gut sein, wie sie dann auch durchgesetzt werde; ansonsten werde diese nicht einmal das dafür verwendete Papier wert sein. Obwohl er kein Fan von Überwachungskamera sei, erachte er diese als ein Mittel zur Prävention.

Ein Wermutstropfen sei für ihn als Politiker, als Lehrer und als betroffener Vater die Antwort des Gemeinderates auf die Frage 7. Aus der schon etwas frech kurz und dementsprechend unbefriedigend ausgefallenen Antwort schliesse er schlicht und einfach eine gewisse Hilflosigkeit im Umgang mit diesem gesellschaftlichen Phänomen "Vandalismus". Es sei zwar richtig, wenn sich die Schulleitung darauf berufe, alle Massnahmen im gesetzlichen Rahmen auszuschöpfen. Das sei aber nur eine Seite der Medaille. Vor Vandalismus dürfe nicht kapituliert werden. Etliche Schulkinder und deren Eltern, die im letzten Jahr von Vandalenakten betroffen gewesen seien, und dies gegenüber der Schulleitung auch kundgetan hätten, würden von der Schulleitung sowie den Behörden sowohl präventive als auch repressive Massnahmen gegen Vandalismus erwarten. Die Antwort zu Frage 7 könnte beispielsweise genauere Angaben zu den in den vergangenen Jahren konkret ergriffenen Massnahmen gegen Vandalismus (zum Beispiel im unseligen Fahrradkeller des Schulhauses Kreuzfeld IV) beinhalten.

Von den Schulleitungen und den Behörden erwarte er, dass sie sich im Rahmen der Gesamtanierung der Schulhäuser Kreuzfeld für eine alternative Parkierung für Velos im Aussenbereich einsetzen, weil der Keller dazu wahrscheinlich nicht ideal sei. Auch der Einsatz von Videokameras dürfe diskutiert werden. Allenfalls gelte es eine grössere Sensibilisierung für Eltern und Schüler zu schaffen, um Eltern davon zu überzeugen Anzeige zu erstatten - was er zugegebenermassen aber auch nicht gemacht habe. Zudem sollten die Sicherheitspatrouillen nicht nur versuchsweise sondern wirklich eingesetzt werden.

¹ Postulat Steiner Daniel (EVP) und Masshardt Nadine (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. November 2009: Massnahmen gegen Vandalismus - Prüfung gezielter Massnahmen gegen Vandalismus zum Schutz von öffentlichen Gebäuden und Plätzen.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 14. Dezember 2009

Massnahmen gegen Vandalismus sollten im Sicherheitskonzept einen wichtigen Platz einnehmen und die Benützungordnung sollte konsequent durchgesetzt werden. Auch Massnahmen, die bis anhin tabu gewesen seien - wie Ausgeh- oder Tabakverbote etc. - wovon auch er kein Fan sei - sollten diskutiert werden dürfen, ohne dass man zum Rechtsradikalen abgestempelt werde.

Mit der Interpellation sei das Thema Vandalismus nicht gelöst, sondern seiner Meinung nach erst recht lanciert. Er wisse auch, dass es keine einfachen Lösungen gebe. Aber er, wie viele andere Leute auch, würden konkrete Schritte und keine Lippenbekenntnisse erwarten.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 25. November 2009 und die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



5. Richtlinien der Regierungstätigkeit 2009 - 2012, Rückblick 2009/Ausblick 2010; Information durch den Stadtpräsidenten

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Die vorbereitete Power-Point-Präsentation beinhalte eine Zusammenfassung der wichtigsten Geschäfte, die im ersten Jahr der Legislaturperiode 2009 - 2012 über die Bühne gegangen seien und liefere gleichermassen aber auch - im Sinne eines Ausblicks - Informationen für das Jahr 2010.

Die Präsentation (Reihenfolge der Themen) entspreche der Systematik der "Richtlinien der Regierungstätigkeit 2009 - 2012", wie sie vom Stadtrat anlässlich der Sitzung am 29. Juni 2009 zur Kenntnis genommen worden seien. Die Themen bzw. Punkte, auf die er eingehe, seien in der Präsentation mit blauer Farbe hervorgehoben.

<p>Richtlinien der Regierungstätigkeit 2009 - 2012</p> <p>Rückblick 2009</p>	<p>Strategie</p> <p>Der GR will</p> <ul style="list-style-type: none">unsere Stadt erhalten und fördernals Raum mit hoher Lebensqualitätals attraktiver Wirtschaftsstandort <p>nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit</p> <ul style="list-style-type: none">auf der Basis einer ausgewogenen Finanzpolitikfür alle Generationenmöglichst ohne Belastung für die nachfolgenden Generationen
<p>GESELLSCHAFT</p> <p>1. Wohnqualität</p> <p>Attraktive Gestaltung des öffentlichen Raumes fördern</p> <ul style="list-style-type: none">Innenstadt, BahnhofUntere Marktgasse mit neuer Beleuchtung fertigWorkshopverfahren Bahnhofareal – Orientierung 26.1.10Obere Marktgasse: Projekt + KreditVerkehrsberuhigung Jurastrasse, Untere Marktgasse <p>Bekämpfung von Vandalismus, Pflege der Sauberkeit</p> <ul style="list-style-type: none">Bellangenthal <p>Bauliche Entwicklung</p> <ul style="list-style-type: none">Förderung von qualitativ hochwertigen BauformenAuszeichnung für gute Bauten	<p>GESELLSCHAFT</p> <p>2. Mobilität</p> <p>Koexistenz zwischen Verkehrsteilnehmenden und Verkehrsträgern</p> <ul style="list-style-type: none">Verkehrskonzept überarbeitenVerkehrskonzept – In Arbeit / RGSKÖffentlicher Verkehr ausbauenNeuer Fahrplan eingeführt, Mehrangebot Bus und BahnWeiterer Ausbau von „Park-and-ride“ prüfenProjekt und Kredit Parkplatz WuhrUnterstützung des AutobahnzubringersRGSK



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 14. Dezember 2009

GESELLSCHAFT 3. Gesundheit

stadtlangenthal

Die Stadt wirkt subsidiär, durch

- geeignete Rahmenbedingungen
- [Entwicklung SRO \(ÜO\)](#)
- [Hausärzte](#)
- Vorbildfunktion
- [Städtische Betriebe und VZ rauchfrei](#)
- Förderung der Vereinstätigkeit
- Präventionsmassnahmen
- [Tabakpräventionsprojekt](#)

GESELLSCHAFT 4. Öffentliche Sicherheit

stadtlangenthal




Umfassendes Sicherheitskonzept

- Optimale Ausgestaltung der vertraglichen Kooperation mit dem Kanton
- [Police Bern umgesetzt, Ressourcenvertrag](#)
- Ergänzung durch stadt eigene präventive Elemente
- [Städtische Sicherheitspatrouillen](#)
- Objektive Sicherheit unterstützt ein hohes subjektives Sicherheitsempfinden
- [Sicherheitskonzept in Arbeit](#)
- Bekämpfung von Vandalismus, Raserei, exzessivem Verhalten
- [Bellangenthal](#)

GESELLSCHAFT 5. Partizipation

stadtlangenthal

Aktiver Einbezug der Bevölkerung in das politische Geschehen

- Neuzuzügeranlass 
- Jungbürgerfeier 
- Sprechstunde Stadtpräsident 
- Optimierung des Dienstleistungsangebots der Stadtverwaltung
- [Neuer Internetauftritt](#)
- Pflege einer offenen und aktiven Informationspolitik
- [Mitteilungen an Parlament und Presse](#)

GESELLSCHAFT 6. Kultur

stadtlangenthal

Städtische Kulturförderung

- Rahmen für eine kreative und eigenverantwortliche Kultur gewähren
- Koordination unter den Kulturinstitutionen
- Weiterentwicklung der regionalen Kulturkonferenz
- [Projekt Sanierung Theater \(parlamentarische Erklärung\)](#)
- [Bernisch Kantonales Jodlerfest 18. – 20. Juni 2010](#)
- [Vorbereitung 1150 Jahr Feier](#)

GESELLSCHAFT 7. Bildung

stadtlangenthal

Bildung als wesentlicher Faktor für die gesellschaftliche Weiterentwicklung

- Schaffung eines Bildungsamtes
- [In Vorbereitung](#)
- Optimierung der Infrastruktur
- [Schulraumüberprüfung](#)
- [Projekt Kreuzfeld](#)
- Auf- und Ausbau von Tagesbetreuungsmodulen
- [Grundsatzentscheid](#)
- Schulsozialarbeit prüfen
- Bzl stärken
- [Entscheid Kanton: KV kantonalisieren und in Bzl integrieren](#)

GESELLSCHAFT 8. Soziale Unterstützung

stadtlangenthal

Hilfe zur Selbsthilfe

- Prävention
- Beschäftigungs- und Integrationsangebote
- [Massnahmen für Wiedereingliederung in Arbeitsprozess](#)
- Konsequente institutionelle Sozialhilfe
- Förderung der kommunalen Zusammenarbeit
- Missbrauch bekämpfen



GESELLSCHAFT

stadtlangenthal

9. Gemeinschaft und Integration

Förderung der Möglichkeit zur Partizipation aller Menschen an der Gesellschaft

- Wirkungsvolle Integrationsmassnahmen
- Ausbau der regionalisierten offenen Kinder- und Jugendarbeit
 - Umbau Jugendtreff
- Stärkung der Pflege- und Betreuungsangebote für Senioren
 - Ausbau Haslibrunnen
 - Zusammenarbeit mit privaten Investoren
- Prüfung von niederschweligen Arbeitsplätzen in der Stadtverwaltung
 - Bellangenthal

GESELLSCHAFT

stadtlangenthal

10. Chancengerechtigkeit

Förderung der Chancengerechtigkeit

- Bedarfsgerechter Ausbau der familienergänzenden Kindertagesbetreuung
 - ??? Krippenplätze

GESELLSCHAFT

stadtlangenthal

11. Solidarität

Netzwerk der sozialen Verantwortung

- Förderung von Freiwilligenarbeit
- Förderung von Arbeitsplätzen für weniger qualifizierte Arbeitskräfte
 - Bellangenthal

GESELLSCHAFT

stadtlangenthal

12. Freizeitgestaltung

Gute Voraussetzungen für sinnvolle Freizeitgestaltung schaffen

- Pflege und Optimierung der vorhandenen Infrastrukturen
 - Projekt und Kredit Wuhrplatz
- Unterstützung der Vereine
- Städtische Dienstleistungen zu vernünftigen Bedingungen anbieten
 - Sanierung Kunsteisbahn

GESELLSCHAFT

stadtlangenthal

13. Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs

Angebot vorwiegend im näheren Stadtkern

- Breites Angebot vorhanden
- Förderung des Wochenmarktes
- Unterstützung von Aktionen zum Thema „Nachhaltige Versorgung“

GESELLSCHAFT

stadtlangenthal

14. Regionale Zusammenarbeit

Stärkung der Rolle von Langenthal als regionales Zentrum

- Mehr Verantwortung übernehmen in der Region für die Region
 - RGSK
 - Kommission Planung
- Ausbau der bestehenden Zusammenarbeitsformen
 - Fusion mit Untersteckholz
 - IT (Herzogenbuchsee, Aarwangen, BGL)
- Respektierung der Autonomie der Nachbargemeinden



WIRTSCHAFT

1. Einkommen

stadtlangenthal

Die Stadt als Wirtschaftsfaktor

- als attraktive Arbeitgeberin
- Projekt Zukunftssicherung der PK
- als Bestellerin von Leistungen
- durch Auslösung von Investitionen
- mit wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen

WIRTSCHAFT

2. Preise

stadtlangenthal

Transparente und vernünftige Gestaltung der Entgelte für städtische Leistungen

- Kostendeckungsprinzip
- Mit Augenmerk auf eine hohe Wohn- und Wirtschaftsstandortsqualität
- Verlässlichkeit

WIRTSCHAFT

3. Existenzsicherung

stadtlangenthal

Vollzug der Gesetzgebung im Bereich der sozialen Existenzsicherung

- Ausbau der Qualitätssicherung in der Sozialhilfe

WIRTSCHAFT

4. Arbeitsplätze

stadtlangenthal

Erhalt von bestehenden und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen unterstützen

- mit optimalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen
- durch Schaffung von strukturierten Austauschmöglichkeiten zwischen Wirtschaft und Gemeinderat
- als Arbeitgeberin, insbesondere auch für niederschwellige Arbeitsplätze

- ÜO Wolfhusenfeld und Oberhard

WIRTSCHAFT

5. Investitionen

stadtlangenthal

Investitionen mit Blick auf Nachhaltigkeit

- Werterhaltung der bestehenden Infrastruktur – im Mittel SFr. 4 Mio / Jahr (Abschreibungen gem. HRM)
- Weiterentwicklung der Stadt (Direktabschreibung zu Lasten Eigenkapital)

WIRTSCHAFT

6. Verursacherprinzip

stadtlangenthal

Prinzip der Übernahme der Infrastrukturkosten im Rahmen der in Anspruchnahme zur Deckung der Bedürfnisse im Gebührenbereich.

Erhöhung der Berechenbarkeit durch transparente, nachvollziehbare und verstetigte Gebührenmodelle.



WIRTSCHAFT

stadtlangenthal

7. Innovation

- Aktive Förderung des Design Gedankens
 - [Engagement Design Preis Schweiz](#)
- Organisation und Weiterentwicklung der politischen Strukturen
- Überprüfung der Organisation der Stadtverwaltung
- Bereitschaft für eine offene Haltung gegenüber Neuerungen

WIRTSCHAFT

stadtlangenthal

8. Wirtschaftsstruktur

- Langenthal bleibt attraktiver Ort zum Wohnen und Arbeiten**
- Ohne direkte staatliche Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur
 - Mit Augenmerk auf hohe Wertschöpfung und Weiterentwicklung des Design Clusters
 - [Engagement Design Preis Schweiz](#)

WIRTSCHAFT

stadtlangenthal

9. Öffentlicher Haushalt und steuerliche Belastung

Konsolidierung der langfristigen Strategie der Nachhaltigkeit

- ausgeglichener Finanzhaushalt
- Ordentliche Investitionsquote von Sfr. 4 Mio./Jahr (Abschreibung nach HRM)
- Vornahme von zusätzliche Investitionen (Direktabschreibung zu Lasten des EK)
- Finanzierung von Steuersenkungen im Rahmen des 2007/08 erzielten Eigenkapitals
 - [Budget 2010](#)

UMWELT

stadtlangenthal

1. Landschaft, Lebens- und Naturraum und Artenvielfalt

Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts

- Förderung und Erhaltung von naturnahen Lebensräumen
- Bekämpfung von eingeschleppten Tier- und Pflanzenarten

UMWELT

stadtlangenthal

2. Energiequalität

Förderung einer hohen Energiequalität

- Unterstützung des energieeffizienten Bauens (insbesondere betr. stadteigene Liegenschaften)
 - [Projekt Kreuzfeld](#)
- Bevorzugung von Erdgasfahrzeugen
- Prüfung des Bezugs von erneuerbarer Energie für die stadteigenen Liegenschaften



UMWELT

stadtlangenthal

3. Energieverbrauch

Langenthal ist Energiestadt

- Energiepolitisches Programm umsetzen
- Minergiestandard bei städtischen Liegenschaften, wo sinnvoll und möglich
 - [Projekt Kreuzfeld](#)
- Umsetzung von punktuellen energiesparenden Massnahmen in stadteigenen Liegenschaften
 - [Umbau Strassenbeleuchtung vorbereitet](#)

UMWELT

stadtlangenthal

4. Klima

Klimaschutzmassnahmen im Rahmen der nationalen und internationalen Klimapolitik

UMWELT

stadtlangenthal

5. Rohstoffverbrauch (Rohstoffwesen)

Abfallbewirtschaftung im Fokus

- Informationsarbeit
- Ausbau von bedürfnisgerechten Separatsammlungen
 - [Sammelstelle Migros](#)
 - [Sammelstelle Coop](#)

UMWELT

stadtlangenthal

6. Wasserhaushalt und Wasserqualität

Wasser als Ressource von hoher Bedeutung

- Wirtschaftliche und umweltfreundliche Abwasserbeseitigung
- Grundwasserschutz

UMWELT

stadtlangenthal

7. Bodenverbrauch

Nachhaltiger Umgang mit dem Boden

- Landsparende Bauformen und angepasste Nutzungsdichten fördern
- Gemeinde übergreifende Bodenpolitik
 - [Projekt Agglo. Konferenz \(Industrie- und Gewerbeflächen\)](#)

UMWELT

stadtlangenthal

8. Bodenqualität

Bodenqualität erhalten

- Verhinderung von neuen Altlasten
- Vorhandene Altlastenstandorte kontrollieren
- Sanierungen von Altlastenstandorten, wenn notwendig



UMWELT
9. Luftqualität

stadtlangenthal

Lufthygienische Massnahmen umsetzen

- Im Rahmen des ordentlichen Vollzugs
- Durch stadt eigene Massnahmen, wie
 - Förderung des Langsamverkehrs und des öffentlichen Verkehrs
 - Mehrangebot Bus und Bahn
 - Informationskampagnen

Er sei sich bewusst, dass man zu den Themen der Richtlinien der Regierungstätigkeit 2009 - 2012 noch sehr viel mehr sagen könnte, weil im abgelaufenen Jahr noch sehr viel mehr gelaufen sei. Das erste Jahr der Legislaturperiode 2009 - 2012 sei sehr interessant und sehr bewegt gewesen. Der Gemeinderat sei sehr stark gefordert gewesen und habe zur Bewältigung der vielen wichtigen Geschäfte sehr viel Sitzungszeit beansprucht. Aufgrund der beruflichen Neuausrichtung von Kurt Blatter habe der Gemeinderat zudem bereits früh einen personellen Wechsel zur Kenntnis nehmen müssen. Reto Müller habe sich alles neustes Mitglied im Gemeinderat bereits sehr gut eingelebt und stehe diesem als Ressortvorsteher Sozialwesen und Altersfragen mit Rat und Tat zur Verfügung.

Auch die Arbeit im Parlament sei sehr interessant und bewegt gewesen. Im Rat sei lebhaft diskutiert und engagiert debattiert worden, wofür er sich im Namen des Gemeinderates bedanke. In diesem Zusammenhang habe er ermitteln lassen, wie viele parlamentarische Vorstösse im Jahr 2009 bisher eingereicht worden seien. Bisher sei ein Vorstoss mehr eingereicht worden, als dies im Wahljahr 2008 der Fall gewesen sei. Dieses Thema sei heute bereits diskutiert worden. Ihn persönlich würden diese Vorstösse absolut nicht stören. Vorstösse seien parlamentarische Werkzeuge. Aber, wie dies bereits in der Diskussion zum Traktandum Nr. 3 erwähnt worden sei, weise auch er darauf hin, dass eine gute und saubere Bearbeitung der Vorstösse die Mitarbeitenden in der Verwaltung zeitlich beanspruche.

Er habe festgestellt, dass viele wichtigen Geschäfte vom Stadtrat mit entsprechend starken Mehrheiten angenommen worden seien, was ihn ausserordentlich freue, da dies zur Fortsetzung dieser Geschäfte sehr wichtig sei.

Er gehe davon aus, dass in der Kommunalpolitik die Sachpolitik und damit lösungsorientiertes Handeln im Zentrum stehe. Hin und wieder (beispielsweise heute in der Diskussion zum Traktandum Nr. 1, weil gewisse Protokolle nicht in den Auflageakten gewesen seien) verspüre er ein gewisses Missbehagen und Misstrauen gegenüber dem Gemeinderat in Bezug auf dessen Kommunikationspolitik. Für ihn persönlich sei dieses Empfinden unbefriedigend, obwohl er das Informationsbedürfnis des Stadtrates selbstverständlich anerkenne. Er appelliere deshalb an die Mitglieder des Stadtrates, in einem solchen Fall, mit einer entsprechenden und rechtzeitigen Mitteilung an die Verwaltung oder den Gemeinderat zu reagieren, damit im Bedarfsfall eine Nachlieferung organisiert werden kann, wie dies betreffend das Traktandum Nr. 1 auch geschehen sei.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 14. Dezember 2009

Man müsse sich bewusst sein, dass Informationen - nicht nur bei Empfängern mit ungleichem Wissensstand - zu Missverständnissen und zu Verständnisschwierigkeiten führen können und, dass ein gleicher Wissensstand nicht einfach zu erreichen sei. Selbstverständlich werden in der Politik mit entsprechenden Informationen Zeichen gesetzt. Ihm sei es jedoch ein Anliegen, dass Informationen immer möglichst gut "übergebracht" werden. Persönlich finde er es belastend, wenn mit Informationen gegen Personen gespielt werde. Mit Informationen gegen Personen zu spielen sei nur fair, wenn diese Personen auch im Ring stehen und sich entsprechend dazu äussern können. Als Mitglied des Gemeinderats sitze man aber manchmal im Stadtrat und könne zu einem Geschäft, in das man nicht direkt involviert sei, nichts sagen und auch nicht entsprechend reagieren, obwohl man eigentlich angesprochen worden sei. Dies führe bei den Betroffenen ab und zu nicht gerade zu Kollateralschäden, aber hin und wieder zu Störungen, die es schwieriger machen, die Motivation auf einem guten Niveau zu halten.

Abschliessend danke er dem Stadtratspräsidenten für die umsichtige Führung des Stadtrats und für dessen Leitung des Stadtratsbüros, dem Stadtrat für das Engagement, seinen Gemeinderatskollegen und Gemeinderatskolleginnen für die Zusammenarbeit, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihren Einsatz und der Presse sowie den Gästen für ihr Interesse.

Im Namen des Gemeinderats wünsche allen schöne Festtage, alles Gute für das Jahr 2010, viel Kraft und gute Gesundheit.

Stadtratspräsident Daniel Rüegger bittet den Rat, dem Stadtpräsidenten für die Berichterstattung sowie dem Gemeinderat für sein vielfältiges Engagement, das er Jahr ein und Jahr aus an den Tag lege, mit Applaus zu verdanken.

III Abstimmung:

Keine Abstimmung

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



6. Wahl des Büros des Stadtrates für das Jahr 2010

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Daniel Rügger bittet die Stadtratsfraktionen im Sinne von Art. 11 der Geschäftsordnung des Stadtrates um Wahlvorschläge zur personellen Bestellung des Stadtratsbüros 2010.

III Abstimmung:

a. Wahl des Präsidiums

Markus Gfeller, FDP/jll-Fraktion schlägt **Christoph Kuert**, Dr. med., zur Wahl als Stadtratspräsident vor.

Stadtratspräsident Daniel Rügger stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden und bittet um Stimmabgabe:

- **Christoph Kuert (FDP) wird in offener Wahl mit 33 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zum Stadtratspräsidenten für das Jahr 2010 gewählt.**

Stadtratspräsident Daniel Rügger gratuliert Christoph Kuert im Namen des Stadtrates mit der Übergabe eines Blumenstrausses zur Wahl und wünscht diesem in und an diesem Amt sehr viel Freude und Genugtuung.

Als Stadtratspräsident 2009 habe er von seinem Vorgänger eine Sanduhr erhalten. Er habe sie dieses Jahr bewusst ruhen lassen. In der Hoffnung, dass sie vielleicht im Jahr 2010 gute Dienste leisten werde, übergebe er sie nun im Sinne einer Stabsübergabe an seinen Nachfolger.

Christoph Kuert dankt dem Parlament für die Wahl und bestätigt deren Annahme.

b. Wahl des Vizepräsidiums

Helena Morgenthaler, SVP-Fraktion schlägt **Roland Christen**, Verwalter, zur Wahl als Stadtrats-Vizepräsident vor.

Stadtratspräsident Daniel Rügger stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden und bittet um Stimmabgabe:

- **Roland Christen (SVP) wird in offener Wahl mit 33 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zum Vizepräsidenten des Stadtrates für das Jahr 2010 gewählt.**

c. Wahl der Stimmzählenden

Stadtratspräsident Daniel Rügger schlägt vor, die Wahl der Stimmzählenden offen und in globo durchzuführen.

- **Dem Vorschlag, die Stimmzählenden offen und in globo zu wählen, wird schweigend zugestimmt.**

Stefanie Loser-Fries, SP/GL-Fraktion schlägt **Samuel Köhli**, eidg. dipl. Bauleiter, als Stimmzähler vor.

Michèle Rentsch-Ryf, EVP/glp-Fraktion schlägt **Christoph Stäger**, Arzt, als Stimmzähler vor.

Stadtratspräsident Daniel Rügger stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden und bittet um Stimmabgabe:

- **Samuel Köhli (SP) und Christoph Stäger (glp) werden in offener Wahl mit 32 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen) zu Stimmzählenden des Stadtrates für das Jahr 2010 gewählt.**



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 14. Dezember 2009

Stadtratspräsident Daniel Rügger gratuliert den neugewählten Mitgliedern des Stadtratsbüros 2010 herzlich zur Wahl.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



7. Mitteilungen des Gemeinderates

■ Geschenk des PvB maxi.mumm

Gemeinderat Reto Müller: Die Parlamentsmitglieder hätten heute an ihrem Platz ein Geschenk (quadratische Glasschale, ca. 10cm, mit Teelicht) vorgefunden. Mit diesem Präsent überbringe das BvP maxi.mumm, auf Initiative der Geschäftsführerin Frau Christa Toggenburger, dem Parlament auch dieses Jahr die besten Wünsche. Aus Sicht der Verwaltung sei Frau Christa Toggenburger Fachbereichsleiterin der städtischen Institution PvB maxi.mumm, welche dem Sozialamt angegliedert sei. Die Institution PvB (Programme vorübergehender Beschäftigung) stehe für die gesamte Region Oberaargau und Emmental.

Im Rahmen eines diesjährigen Parlamentsanlasses, organisiert vom Stadtratspräsidenten Daniel Rügger, habe der Stadtrat am 2. November 2009 einen kurzen Einblick in das Projekt der Zukunft des Alterszentrums Haslibrunnen erhalten. Als Ressortvorsteher Sozialwesen und Altersfragen biete er Interessierten (Parteien, Fraktionen etc.) an, einen solchen Anlass im PvB zu organisieren.

Das PvB maxi.mumm betreibe auf dem Gugelmannareal in Roggwil auch einen Laden mit Namen "arcoiris". Falls jemand noch Bedarf an Weihnachtsgeschenken in der Art des Präsensts des PvB maxi.mumm an den Stadtrat - auch in grösseren Ausführungen - haben sollte, dann wäre er dort an der richtigen Adresse.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



8 A. Eingereichte Parlamentarische Erklärung "Ja zum Minarettverbot - direkte Demokratie jetzt respektieren" der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2009

Text der Parlamentarischen Erklärung:

"Parlamentarische Erklärung «Ja zum Minarettverbot - direkte Demokratie jetzt respektieren»

Die SVP-Fraktion reicht, gestützt auf Art. 39a der GO des Stadtrates vom 07.12.1981, die nachfolgende Parlamentarische Erklärung ein und stellt den Antrag, dass der Stadtrat dieser zustimmt:

«Die Volksinitiative «gegen den Bau von Minaretten» ist auch von den Langenthaler Stimmbürgern mit über 60% sehr deutlich angenommen worden. Das Resultat ist ohne wenn und aber zu respektieren und umzusetzen. Die islamische Glaubensgemeinschaft in Langenthal hat ihr Gesuch für den Bau eines Minaretts unverzüglich zurückzuziehen. Der Gemeinderat unternimmt konkrete Schritte, um den Volkswillen durchzusetzen und die islamische Glaubensgemeinschaft zum Rückzug ihres Minarettgesuchs zu bewegen.»

Begründung:

Am 29. November hat das Schweizer Volk die Volksinitiative «gegen den Bau von Minaretten» wuchtig angenommen. Auch in Langenthal : 3 '161 Stimmbürger stimmten dem Volksbegehren zu, nur 2' 074 lehnten es ab.

Trotz des deutlichen Abstimmungsausgangs will die islamische Glaubensgemeinschaft am Minarett-Baugesuch festhalten. Entsprechend gross ist die Empörung in der Bevölkerung.

Es ist unverständlich, dass die islamische Glaubensgemeinschaft den offenkundigen politischen Willen nicht respektieren will. Mit dieser unnachgiebigen Haltung gefährdet sie den sozialen Frieden in Langenthal und stösst die Mehrheit der Stimmbürger vor den Kopf.

Das Gesuch steht nach Annahme der Volksinitiative in diametralem Widerspruch zur Bundesverfassung. Unsere direktdemokratischen Spielregeln gelten für alle. Ein Verzicht auf das Minarettgesuch wäre deshalb ein Zeichen gegenüber der Langenthaler Bevölkerung für den Integrationswillen der Muslime.

Wir halten fest, dass die bestehenden Bauten und Einrichtungen von uns nicht in Frage gestellt werden.

Der Gemeinderat als diejenige Behörde, welche das Recht umsetzt, hat nun konkrete Schritte zu unternehmen, um den Volkswillen durchzusetzen und die islamische Glaubensgemeinschaft zum Rückzug ihres Minarettgesuchs zu bewegen."

SVP-Fraktion

Die Beantwortung der Parlamentarischen Erklärung erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



8 B. Eingereichtes Postulat Rentsch-Ryf Michèle (EVP) und Mitunterzeichnende vom 14. Dezember 2009: Ärztesituation Langenthal - Prüfung geeigneter Massnahmen für die Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung

Postulatstext:

"Ärztesituation Langenthal

Der Gemeinderat wird gebeten, geeignete Massnahmen für die Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung zu prüfen.

Begründung:

Die sieben Langenthaler Allgemeinpraktiker sind heute alle zwischen 54 und 66 Jahre alt, davon vier über 60-jährig. Es ist also kein Geheimnis, dass ein grosser Teil der Langenthaler Hausärzte bereits heute im Pensionsalter ist oder dieses in den nächsten Jahren erreichen wird. Ebenfalls bekannt ist, dass es sehr schwierig - wenn nicht fast unmöglich - ist, eine Nachfolgeregelung für die Hausarztpraxis zu finden. Dies, weil in Langenthal durch die Anzahl Apotheken die Medikamentenabgabe eingeschränkt ist, die Mietzinsen für eine Liegenschaft recht hoch sind, aber natürlich auch, weil - aufgrund der veränderten und erschwerten Bedingungen - grundsätzlich weniger MedizinstudentInnen den Weg des Allgemeinpraktikers einschlagen als früher.

Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Langenthal stehen schwierige, wenn nicht sogar prekäre Zeiten bevor, wenn sich in den nächsten Jahren im Bereich der medizinischen Grundversorgung nichts ändert!

Auch wenn die örtliche medizinische Grundversorgung nicht primär im Aufgabenbereich der Stadt Langenthal liegt, so muss sie doch Interesse daran haben, eine gute medizinische Versorgung auf dem Gemeindegebiet sicherzustellen. Das kommt auch auf der Homepage von Langenthal zum Ausdruck, wo man lesen kann, dass man «in Langenthal eine umfangreiche und gute ärztliche Versorgung findet». Dies ist aber in zwei, drei, vielleicht auch fünf Jahren nicht mehr gewährleistet, wenn nichts unternommen wird. Deshalb kann sich die Stadt nicht nur auf fehlende Massnahmen auf nationaler Ebene berufen, sondern muss in dieser Sache selber aktiv werden und Bedingungen schaffen, die so konkurrenzfähig sind, dass junge Hausärztinnen und Hausärzte nach Langenthal kommen und sich nicht für einen anderen Ort entscheiden. Dabei sollen neue Wege eingeschlagen und möglicherweise auch neue Aufgaben übernommen werden.

Aus diesen Gründen bitte ich den Gemeinderat um eine offene, proaktive Haltung und die Ausarbeitung von verschiedenen Massnahmen.

Solche Massnahmen könnten beispielsweise sein:

- *Finanzielle Starthilfe für die Eröffnung einer Hausarztpraxis in Form eines zinslosen oder äusserst konkurrenzfähigen Darlehens*
- *Räumlichkeiten an zentraler, gut erreichbarer Lage (mit Anbindung an das örtliche Busnetz) zu einem interessanten Preis zur Verfügung stellen*
- *Bauland für eine (Gruppen-) Praxis zur Verfügung stellen*
- *Gruppenpraxen und neue Arbeitsmodelle fördern und initiieren*
- *Initiierung oder Beteiligung der Stadt an einer AG, welche die Hausärzte anstellt und ihnen interessante und konkurrenzfähige Arbeitsbedingungen bietet"*

Michèle Rentsch-Ryf und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 14. Dezember 2009

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



9. Schlusswort des Stadtratspräsidenten 2009, Daniel Rüeegger

Stadtratspräsident Daniel Rüeegger: Bevor er zu seiner Schlussrede komme, möchte er die vier Mitglieder des Stadtrates verabschieden, die ihren Rücktritt per 31. Dezember 2009 angekündigt haben. Er werde die Verabschiedung nach der deren "Rats-Seniorität" (Anzahl Jahre der aktiven Mitarbeit im Rat) vornehmen:

- Mit Schreiben vom 8. Dezember 2009 habe **Stadtrat Richard Bobst (FDP)** seinen Rücktritt per 31. Dezember 2009 aus dem Stadtrat sowie der Finanzkommission mitgeteilt. Richard Bobst gehöre dem Stadtrat seit dem 1. Januar 1997 an. Neben seiner Stadtratstätigkeit habe sich Richard Bobst während seiner langjährigen politischen Tätigkeit auch in verschiedenen Kommissionen nützlich gemacht. Im Jahr 2002 habe er zudem als Stadtratspräsident geamtet.

Für ihn als noch amtierenden Stadtratspräsidenten sei die Verabschiedung von Stadtrat Richard Bobst ein besonderer Moment, weil er im Jahre 2002 als neues Ratmitglied vom damaligen Stadtratspräsidenten, Richard Bobst, im Stadtrat willkommen geheissen worden sei.

Im Namen des Stadtrates und aller Anwesenden danke er Richard Bobst ganz herzlich für die langjährige, engagierte und konstruktive Mitarbeit im Politleben von Langenthal und wünsche ihm alles Gute und viel Genugtuung für die Zukunft. Im Rücktrittschreiben von Richard Bobst stehe, dass er sich in den nächsten Jahren vermehrt für Projektarbeiten ausserhalb des Parlamentes für die Öffentlichkeit engagieren wolle. Auch dafür danke er Richard Bobst.

(Unter Applaus der Anwesenden überreicht der Stadtratspräsident einen Strauss Blumen)

- Durch den Austritt von **Stadtrat Franz Flückiger (SVP)** verliere der Rat eine weitere Persönlichkeit, die Spuren hinterlassen habe. Franz Flückiger sei seit dem Jahr 2001 im Stadtrat tätig. Franz Flückiger habe dem Stadtrat seine Voten und Anliegen immer mit seinem eigenen Humor vorgetragen. Ab und zu habe herzlich gelacht werden dürfen, weil es ihm mit markigen Worten gelungen sei, den Kern eines Problems zu treffen. Neben dem Stadtrat habe sich Franz Flückiger auch in Kommissionen engagiert. Im Namen des Stadtrates danke er Franz Flückiger für das langjährige Mitwirken zum Wohle der Stadt.

Franz Flückiger habe in seinem Rücktrittschreiben erwähnt, seine Kräfte zukünftig vermehrt in das eigene Geschäft und in die Musik zu investieren. Als Mitglied der Arbeitsgruppe Mobilität werde er weiterhin ein öffentliches Amt bekleiden. Er wünsche Franz Flückiger für die Zukunft alles Gute, gute Gesundheit und die Beibehaltung seines Humors.

(Unter Applaus der Anwesenden überreicht der Stadtratspräsident einen Strauss Blumen)

- **Stadträtin Stefanie Loser-Fries (SP)** habe ihre Stadtratstätigkeit am 19. November 2002 aufgenommen. Im noch laufenden Jahr amte sie als Fraktionspräsidentin der SP/GL-Fraktion. Von 1999 bis 2007 sei Stefanie Loser-Fries Mitglied in der Bau- und Planungskommission gewesen. Seit dem 5. September 2006 sei sie Mitglied der Volksschulkommission. Stefanie Loser-Fries engagiere sich unkompliziert und gradlinig für die jeweilige Sache.

Im Namen des Stadtrates danke er Stefanie Loser-Fries für die vielfältige Tätigkeit zum Wohle der Öffentlichkeit und wünsche ihr für die berufliche sowie private Zukunft nur das Beste.

(Unter Applaus der Anwesenden überreicht der Stadtratspräsident einen Strauss Blumen)

- **Stadtrat Timotheus Winzenried (PNOS)** gehöre dem Stadtrat seit diesem Jahr an. Wie alle feststellen konnten, sei Timotheus Winzenried seit längerer Zeit und somit auch heute nicht anwesend. Seine Abwesenheit habe primär mit seiner beruflichen Tätigkeit zu tun (Schichtarbeit und Weiterbildung). Aufgrund seines beruflichen Engagements fehle ihm schlicht die Zeit für eine politische Tätigkeit. Da er seine Zukunft voll und ganz auf seinen Job ausrichten wolle, gebe er seinen Platz im Stadtrat frei.

Er danke Stadtrat Timotheus Winzenried für die Mitarbeit und wünsche ihm alles Gute.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 14. Dezember 2009

Stadtratspräsident Daniel Rüegger; Schlusswort:

"Herr Stadtpräsident

Werte Damen und Herren Gemeinderäte

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,

Liebe Gäste

Am 2. Februar dieses Jahres habt ihr mich zum Stadtratspräsidenten für das Jahr 2009 gewählt. Gut elf Monate bzw. acht Sitzungen später verabschiede ich mich als Stadtratspräsident. Wenn ich auf die vergangenen Sitzungen zurückschaue, ist es mir ein grosses Anliegen euch zu danken. Mein Dank gilt:

- *euch lieben Stadträtinnen und Stadträten für die engagierten aber sehr fair geführten Diskussionen im Rat, für das konstruktive und geduldige Mitarbeiten auch bei langen Sitzungen und für die seriöse Vorbereitungsarbeit, die ihr an den Tag gelegt habt*
- *den Mitgliedern des Gemeinderats, für die Vorbereitung und die Präsentation der Geschäfte*
- *den verschiedenen involvierten Kommissionen für die fachliche Unterstützung*
- *den Amtsvorstehern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung*
- *dem Stadtratsbüro für die tolle Zusammenarbeit*
- *Gaby Heiniger und Daniel Steiner für die offene Information und Hilfestellung, die sie mir jeweils bereitwillig haben zukommen lassen*
- *der Presse und den Medienvertretenden für die loyale Berichterstattung*
- *Herrn Max Kuert als treuer und wachsamer Gast an den Sitzungen*
- *Herrn René Keusen für die Vorbereitung des Sitzungssaales mit der Technik*
- *der Stadtpolizei für ihre diskrete Unterstützung betreffend Sicherheit*
- *dem PvP maxi.mumm für die heutige Überraschung (Glasschale mit Teelicht)*
- *last but not least dem Team der Alten Mühle und der Familie Wälchli, die uns alle heute im Anschluss an Sitzung zu einem Apèro einladen.*

Über mein Präsidialjahr habe ich das Motto «das vielfältige Parlament» gesetzt. Rückblickend darf ich feststellen, dass nicht nur die Arbeit im Parlament vielfältig und abwechslungsreich gewesen ist, sondern auch die personelle Zusammensetzung im Rat. Bis Ende Jahr werden nämlich nicht weniger als sieben Stadträtinnen und Stadträte den Rat verlassen haben.

Heute habt ihr an euren Plätzen ein Schachteli langenthaler Bsetzi-Steine gefunden. Das habe ich nicht in erster Linie wegen dem Dauerthema Märitgasse organisiert, sondern für mich sind die Bsetzi-Steine eine Art Symbol für den Stadtrat.

Im Jahr 2009 hat das Parlament in den acht durchgeführten Sitzungen eine solide Basis für die Arbeit der nächsten drei Jahre der Legislatur gelegt. Um die dafür notwendige Stabilität zu erreichen, ist ein Fundament mit Kies und Sand nötig. So hat gelernt werden müssen, wie mit ungültigen Motionen umzugehen ist und auch, wie beschlossene Geschäfte im Sinn der Sache nochmals neu zu beurteilen sind.

Jeder Stein hat seinen Platz gefunden. Wenn ein Stein fehlt, stimmt das Gesamtbild nicht mehr, da viele unterschiedliche Steine schliesslich das Gesamtbild bilden. Die Vielfältigkeit macht das Gesamtbild interessant. Wichtig ist auch, dass die Steine tragfähig und belastbar sind. Als Vertreterinnen und Vertreter der Stadtbevölkerung sind wir deren Sprachrohr. Mit der Zeit werden die Ecken und Kanten von Steinen durch Witterungseinflüsse und anderes etwas abgerundet. Das kann dazu führen, dass sogar die Anzahl Vorstösse sukzessiv etwas abnehmen wird.



Mit Steinen soll gebaut werden. Wir zusammen bauen die Zukunft von Langenthal. Ideen sind gefragt, die uns als Stadt aber auch uns als Einzelne entsprechend weiterbringen. Ein besonderes Phänomen ist auch das Geräusch, das beim Befahren der Bsetzi-Steine entsteht. Ein gewisser Rollwiderstand, der es erschwert mit hohem Tempo über die Steine zu fahren, ist vorhanden. Das zeigt sich auch im Sprichwort: «Gut Ding will Weile haben». Auch das haben wir in verschiedenen Geschäften in diesem Jahr erfahren.

Prioritäten



Ein Philosophieprofessor stand vor seinen Studenten und hatte ein paar Dinge vor sich liegen. Als der Unterricht begann, nahm er eine schöne Blumenvase und füllte sie bis zum Rand mit grossen Steinen. Anschliessend fragte er seine Studenten, ob die Vase voll sei. Sie stimmten ihm zu. Der Professor nahm eine Schachtel mit Kieselsteinen und schüttete sie in die Vase. Die Kieselsteine rollten natürlich in die Zwischenräume der grösseren Steine. Dann fragte er seine Studenten erneut, ob die Vase jetzt voll sei. Sie stimmten wieder zu und lachten. Der Professor seinerseits nahm eine Schachtel mit Sand und schüttete ihn in die Vase. Natürlich füllte der Sand die letzten Zwischenräume in der Vase aus. „Nun“, sagte der Professor zu seinen Studenten, „ich möchte, dass Sie erkennen, dass diese Vase wie Ihr Leben ist! **Die Steine sind die wichtigen Dinge im Leben: Ihre Familie, Ihr Partner, Ihre Gesundheit, Ihre Kinder.** Dinge, die - wenn alles andere wegfiel und nur sie übrig blieben - Ihr Leben immer noch erfüllen würden. Die Kieselsteine sind andere, weniger wichtige Dinge, wie zum Beispiel Ihre Arbeit, Ihre Wohnung, Ihr Haus oder Ihr Auto. Der Sand symbolisiert die ganz kleinen Dinge im Leben. Wenn Sie den Sand zuerst in die Vase füllen, bleibt kein Raum für die Kieselsteine oder die grossen Steine. So ist es auch in Ihrem Leben: Wenn Sie all Ihre Energie für die kleinen Dinge in Ihrem Leben aufwenden, haben Sie für die grossen keine mehr. Achten Sie daher auf die wichtigen Dinge, nehmen Sie sich Zeit für Ihre Kinder oder Ihren Partner, achten Sie auf Ihre Gesundheit. Es wird noch genug Zeit geben für Arbeit, Haushalt, Partys und so weiter. Achten Sie zuerst auf die grossen Steine – sie sind es, die wirklich zählen. Der Rest ist nur Sand.“

Quelle: unbekannt

Wie bereits zu meiner Eröffnungsrede habe ich auch heute zu meiner Schlussrede eine Geschichte mitgebracht.

Aus zeitlichen Gründen verzichte ich jetzt aber darauf, die Geschichte vorzulesen.

Ich bitte euch, euch zu Hause etwas Zeit zum Lesen dieser Geschichte zu nehmen. Ich denke sie ist es vom Inhalt her wert, sich damit auseinanderzusetzen.

Ich hoffe, dass es uns allen gelingen wird, unsere Lebenssteine richtig zu pflanzen bzw. die Prioritäten richtig zu setzen.

Meinem Nachfolger Christoph Kuert wünsche ich an dieser Stelle nochmals alles Gute, viel Erfolg und übergebe ihm das Wort, bevor ich die Sitzung schliessen werde.“



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 14. Dezember 2009

Stadtrats-Vizepräsident Christoph Kuert:

*"Sehr geehrte Damen und Herren
Geschätzter Daniel Rügger*

Du bist uns im vergangenen Jahr ein guter Kapitän gewesen. Du hast unser Schiff sicher durch all die unruhigen Gewässer, die es in unserer vielfältigen politischen Landschaft gibt, gesteuert. Unser Schiff ist nie ins Schlingern geraten. Du hast den Kurs sicher gehalten. Nie habe ich jemanden gesehen der seekrank geworden ist oder dem es schwindlig geworden wäre und so sind wir - in der Regel auch rechtzeitig - jeweils in den sicheren Hafen eingelaufen. Die Geisterstunde haben wir nur einmal gestreift, was von den Gespenstern Gott sei Dank nicht bemerkt worden ist. Du hast mit deiner fairen Art zu politisieren und politische Auseinandersetzungen fair anzugehen, auch dem Rat deinen Stempel aufgedrückt. Im Namen des ganzen Rats möchte ich mich ganz herzlich für deinen Einsatz und dein Engagement bedanken.

Auch den beiden Stimmzählenden danke ich herzlich. Sie sind sukzessive zur Topform aufgelaufen, nachdem sie vielleicht am Anfang mit Adam Riese etwas Schwierigkeiten gehabt haben.

Ich wünsche dir Daniel ganz herzlich alles Gute in deiner weiteren politischen Zukunft und danke dir noch einmal vielmals."

(Unter Applaus der Anwesenden überreicht der Stadtrats-Vizepräsident einen Strauss Blumen)

Stadtratspräsident Daniel Rügger: Gemäss Vorankündigung, seien alle Anwesenden vom Mühle-Team zum Apéro im Vorraum des Saales eingeladen. Im Anschluss daran finde das Stadtratschlussessen im Restaurant à la cArt statt. Die daran Teilnehmenden seien gebeten, sich um 20.30 Uhr dorthin zu begeben. Mit den besten Wünschen für die kommenden Festtage und zum Jahreswechsel erkläre er die Sitzung um 20.00 Uhr für geschlossen.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-